

US-Behörden gehen gegen die Kryptobörsen Binance und Coinbase vor

Regulierung per Gericht

Der einstige Krypto-Sauberer ist offenbar nicht ganz koscher. Eine Klage der US-Wertpapieraufsicht SEC macht dem Kanadier Changpeng Zhao („CZ“) jetzt die gleichen Vorwürfe, die zum Zusammenbruch der Kryptobörse FTX (JF 48/22) geführt hatten. Keine 24 Stunden nach der Klage gegen CZ und seine Kryptobörse Binance nahm sich die SEC dann auch noch Coinbase vor. Damit ist klar, was viele schon länger befürchteten: Die US-Regierung will Kryptowährungen den Garaus machen. Doch weil sich dafür keine Mehrheit im Kongress findet, versucht es die Regierungsbürokratie durch die Gerichte, indem bestehende Gesetze neu „interpretiert“ werden. Nach diesem Muster versuchen Joe Bidens Leute bereits das Kartellrecht umzubauen – bisher allerdings erfolglos, die Gerichte halten am Jahrzehntealten Konsens fest. Lina Khan, seit 2021 Chefin der Kartellbehörde FTC, verliert einen Prozeß nach dem anderen.



von
Thomas Kirchner

„Die Kunden der Kryptofirmen bekommen ihre Einlagen vorerst nicht mehr in Dollar ausgezahlt.“

Die Woke-Kultur definiert bereits Biologie und Mathematik um. Jetzt erreicht sie das Wirtschaftsrecht. Im US-Kongress gab es erste Stimmen, die das Vorgehen der SEC kritisierten. Coinbase kündigte an, mit Lobbyarbeit für eindeutige Kryptogesetze zu beginnen. Die SEC-Klagen beruhen auf zwei Säulen: Bei Kryptowährungen handele es sich um Wertpapiere, die ohne die notwendige Zulassung öffentlich vertrieben wurden. Und die Kryptofirmen seien Börsen ohne Börsenzulassung. Beide Argumente sind fadenscheinig. Die SEC stuft Bitcoin als Währung ein, die keine Zulassung braucht. Alle anderen Kryptowährungen seien Wertpapiere, die eine Zulassung benötigen. Logik ist wohl nicht die Männe von Bürokraten und Juristen. Die Behauptung, daß die Kryptofirmen Börsen ohne Genehmigung betrieben, ist auch

fragwürdig. Denn die SEC genehmigte 2021 den Börsengang von Coinbase. Auf 849 Seiten beschreibt der damalige Wertpapierprospekt das Geschäftsmodell in allen Details. Wäre es illegal gewesen, hätte die SEC die Börsennotierung der Coinbase-Aktien nicht erlauben dürfen.

Das deutet auf eine neuere Uminterpretierung der Vorschriften, auf der die Klage der SEC beruht. Pikanter sind die Vorwürfe der SEC zum Umgang mit Kundengeldern. Beim Bankrott von FTX war es die Entwendung und Vermischung der Kundenvermögen mit den eigenen Mitteln der Kryptobörse, die das Schicksal von FTX und Firmenchef Sam Bankman-Fried besiegelte. Jetzt werden die gleichen Vorwürfe gegen Binance und Coinbase erhoben, und schon zeichnet sich eine ähnliche Anlegerpanik wie bei FTX ab: in den ersten 24 Stunden nach der Klage zogen Anleger 800 Millionen Dollar von Binance ab. Durch die SEC-Klage verunsicherte US-Banken haben ihre Geschäftsverbindungen mit Binance aufgekündigt. Für die Binance-Kunden bedeutet dies, daß sie ihre Einlagen nicht mehr in Dollar ausgezahlt bekommen können. Nur noch ein Tausch zwischen unterschiedlichen Kryptowährungen ist möglich. Das ist aber nicht mehr als eine enge Marktnische. Das US-Kundengeschäft von Binance ist vorläufig am Ende.

Allerdings können Kunden außerhalb der USA weiterhin Binance nutzen. Der Multimilliardär CZ lebt seit 2022 in Dubai. Hongkong will künftig zu einem Zentrum der Kryptobranche werden und vergibt neue Lizenzen für Anbieter. Das ist eine dramatische Kehrtwende gegenüber 2017, als Peking anfing, die Branche schrittweise trocken zu legen. Hongkongs Öffnung wird als Experiment für eine Umkehr Chinas bei der Kryptoregulierung gewertet.

Krankenversicherungsbeiträge sollen 2024 steigen

Lauterbach läßt schröpfen

Von **Henning Hoffgaard**

Die FDP hatte es versprochen – mal wieder. Solange die Liberalen Teil der Bundesregierung sind, wird es keine Steuererhöhungen geben. Abgesehen von der für viele Bürger dramatisch ansteigenden Grundsteuer. Was die FDP nicht versprechen wollte oder konnte: Daß auch die anderen unzähligen Abgaben, mit denen der Staat Unternehmen und Arbeitnehmer auspreßt, stabil bleiben. Das nutzt vor allem Gesundheitsminister Karl Lauterbach aus: „Mit mir wird es keine Leistungskürzungen geben. Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung wird daher im nächsten Jahr erneut leicht steigen müssen“, teilte der Sozialdemokrat nun mit.

Daß er versucht, die Zusatzbelastung der ohnehin schon arg belasteten Bundesbürger als Positivereignis zu verkaufen („keine Leistungskürzungen“), zeigt die ganze Ratlosigkeit des Politikers. Auch die Pflegeversicherung wird für die meisten steigen – insbesondere für Kinderlose. Die Schuld schiebt Lauterbach, ganz so wie in der Ampelregierung üblich, dem Koalitionspartner in die Schuhe: „Finanzminister Christian Lindner hat klargemacht, daß die Steuerzuschüsse an die Gesetzliche Kranken-

versicherung nicht erhöht werden können.“ Linke Tasche, rechte Tasche und am Ende für die Steuerzahler eine leere Tasche. Das alles, um ein 3,5 Milliarden großes Loch bei den Krankenkassen im kommenden Jahr zu schließen. Eigentlich Peanuts, wenn man bedenkt, daß die Bundesregierung zuletzt einfach mal nebenbei 500 Millionen Euro in die Hände genommen hat, um Afrika mit „grüner Energie“ zu versorgen.

Der eigentlichen Grundfrage, dem rosa Elefanten im Raum, weicht Lauterbach dabei beständig aus: Wie soll ein Umlagesystem dauerhaft finanziert werden, das durch die demographische Krise absehbar aus dem Ruder läuft? Werden die Beiträge dann Jahr für Jahr „leicht steigen“? Oder werden irgendwann dann doch die Leistungen gekürzt? Oder setzt er einen alten sozialdemokratischen Traum um, und zwingt auch Beamte und Selbständige in die gesetzliche Versicherung? Dauerhaft lassen sich die Probleme nicht lösen, ohne das Versicherungssystem grundlegend zu reformieren. Dafür fehlt Karl Lauterbach allerdings so ziemlich das gesamte nötige Rüstzeug. Für die Bürger heißt es also auch künftig: weniger Netto vom Brutto.

Basis des Wirtschaftswunders

75 Jahre Deutsche Mark: Währungsreform brachte den Deutschen fünf Jahrzehnte Stabilität

DIRK MEYER

Am Sonntag, dem 20. Juni 1948 standen Millionen Deutsche Schlange vor den Lebensmittel-Ausgabestellen, um 40 D-Mark „Kopfgeld“ – inflationsbereinigt heute 113,20 Euro – abzuholen. Erst am Freitag davor wurde über die Währungsreform informiert. Die Herstellung der Banknoten erfolgte in den USA ab September 1947 unter höchster Geheimhaltung. Sie war notwendig, um im Vorfeld der Umstellung Transaktionen zu verhindern, denn es ging zentral um eine Beseitigung des kriegsbedingten Geldüberhangs, um langfristig die Grundlage für eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu schaffen.

Für Verträge (Löhne, Mieten) galt zwar ein Anschlusskurs von 1 zu 1. Doch die Sparer waren Verlierer: Deren Bargeld (10 zu 1) und deren Bankguthaben (100 zu 6,5) wurden radikal abgewertet. Über Nacht füllten sich allerdings die zuvor leeren Regale, doch die durch die Lebensmittelmarken zurückgestaute Inflation entlud sich sofort in entsprechenden Preiserhöhungen. Ludwig Erhards Wirtschaftswunder kam kurzfristig durch die Notwendigkeit staatlicher Bewirtschaftungsmaßnahmen ins Stocken. Nach einer Periode der Anpassung wurden die Erfolge einer freien Marktpreisbildung jedoch breit sichtbar.

Die währungspolitische Grundlage bildete die Bank deutscher Länder (ab 1957 Bundesbank) mit der Unabhängigkeit von der Regierung und einer auf Geldstabilität ausgerichteten Politik. Dies verhinderte zum Beispiel die „Operation Goldfinger“, mit der Finanzminister Theo Waigel (CSU) 1997 eine Höherbewertung der damals 3.407 Tonnen schweren Goldreserven der Bundesbank erreichen wollte. Dieser Trick sollte dem Bundeshaushalt eine Gewinnzuführung beschern. Die stabile D-Mark war auch geduldete Parallel- bzw. Zweitwährung in der Türkei und den Staaten des Ex-Jugoslawiens. In den Inflationsländern Polen und Ungarn wurde in den 1980er Jahren von einigen sogar in D-Mark gespart. Montenegro hatte nie eine eigene Währung, sondern nutzte ungefragt zunächst die D-Mark und ab 2002 den Euro. Die „Blaue Fliese“ (100-DM-Schein) war in der DDR eine gern genommene Währung.

i Ergänzung des Euro durch D-Mark-Parallelwährung?

Da ein deutscher Euro-Austritt unrealistisch ist, scheint eine Ergänzung der Einheitswährung durch nationale Parallelwährungen die einzige Option für eine „Rückkehr“ zur D-Mark zu sein. Dafür sind aber einige EU-Vertragsänderungen notwendig. Zudem müßte es eine automatische Beendigung der Euro-Mitgliedschaft im Euro bei dauerhaften Verstößen gegen die Schuldenregeln geben. Eine Parallelwährung hätte mehrere Vorteile: • Euro-Guthaben bleiben bestehen, deshalb keine Gefahr von „Bank Runs“ und Kapitalflucht bei der Währungsumstellung



Hunderter und D-Mark-Münzen: Politische Wirkung eines Euro-Austritts wäre verheerend

reale Austauschverhältnis verbesserte sich. Die in Auslandswährung gestiegenen Preise erschwerten aber die Exporte, was die Anstrengungen zu Produktivitätswachstum und innovativen Produkten forcierte. Zudem wurde der Urlaub im Ausland mit der D-Mark laufend erschwinglicher.

Mit dem Niedergang des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse während des Vietnamkriegs kam die Idee eines Währungsverbundes auf, mit dem drei Ziele verfolgt wurden: Gegengewicht zum Dollar, wirtschafts- und währungspolitische Koordination der EWG-Länder, Einhebung der aufwertenden D-Mark. Die Entwicklung reichte vom Werner-Plan (1970), dem Fonds für Währungszusammenarbeit (EFWZ 1973), dem Europäischen Währungssystem (EWS 1979) mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen bis hin zum Vertrag von Maastricht (1992), der den Euro ab 1999 als Buchgeld und ab 2002 als Bargeld vorsah.

Die Bundesrepublik hatte bereits Erfahrungen mit zwei Währungsunionen: mit der Bank deutscher Länder (1948–1957) und der deutsch-deutschen Währungsunion 1990. Beides waren Fiskalunionen auf der Basis eines Bundesstaates mit engen kulturellen und gesellschaftlichen Bindungen. Dies war Garant dafür, daß die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Bundesländern durch einen „Finanzausgleich“ gelindert werden konnten, ohne dabei die Akzeptanz der Nettozahler zu verlieren. Diese Merkmale fehlen der Europäischen Wäh-

rungsunion (EWU). Das Nicht-Beistandsgebot und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung sollten die Euro-Staaten stattdessen zur Haushaltsdisziplin zwingen.

Wäre eine Rückkehr vom Euro zur D-Mark möglich?

Doch diese Zusicherung im Maastrichter Vertrag hielt nicht. Rettungsschirme für de facto insolvente Euro-Staaten (ab 2010/2012), Staatsanleihekäufe zur Stützung des Kapitalmarktzugangs hochverschuldeter Staaten (verstärkt ab 2015) und EU-Schulden mit Gemeinschaftshaftung (ab 2020; deutscher Anteil mindestens 25 Prozent) haben zu einer Fiskalunion mit erheblichen Netto-Transfers in die Problemstaaten geführt. Zugleich wurde die Unabhängigkeit der EZB infolge der Staatsanleihekäufe – aktuell die Hälfte der Bilanz des Eurosystems ausmachend – stark geschwächt, was derzeit die Inflationsbekämpfung erschwert.

Wäre daher eine Rückkehr zur D-Mark möglich? Diese Frage stellt sich, will man ein „Weiter so“ mit der Gefahr eines unfriedlichen Zusammenbruchs der Eurozone etwa im Falle einer Insolvenz Italiens (Staatsverschuldungsquote 145 Prozent des BIP) vermeiden. Die politische Wirkung eines deutschen Austritts wäre aber verheerend. Der EU-Binnenmarkt stände in Frage. Eine Aufwertung von vielleicht 30 Prozent würde die Exportwirtschaft treffen, eine längere Rezession wäre wahrscheinlich. Ein weiteres Problem wären die deutschen Target-Forderungen in Höhe von 1.082 Milliarden Euro gegenüber dem Eurosystem – das entspricht zwei Drittel des gesamten deutschen Netto-Auslandsvermögens, die infolge von Exportüberschüssen, EZB-Anleihekäufen und anderen Kapitalbewegungen entstanden sind. Diese dürften uneinbringbar sein. Überlegenswert wäre deshalb eine Neuordnung im Konsens – eine Nord/Süd-Euro-Währungsunion oder ein Parallelwährungssystem mit zusätzlichen nationalen Währungen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. 2002 erschien sein Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“ (Springer Fachmedien).

Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

WIR SUCHEN AB SOFORT

► Redakteur/-in für Print und Online

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 4953 28

Die JF stellt ein

Wir haben viel vor.
Mit Ihnen.

jf.de/stellenangebote

Chance
nutzen –
jetzt
bewerben

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.